

PRESSEMITTEILUNG
DieFrankfurter
22.12.25

Wachsamkeit ist kein Luxus — sie ist jetzt Pflicht

Sabi Uskhi | Kandidat zur Kommunalwahl 2026 für „Die Frankfurter“

Vertreter der Wählergruppe Die Frankfurter führten jüngst ein ausführliches Gespräch mit Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. Das Treffen war von gegenseitiger Offenheit, Respekt und ernsthaftem Interesse geprägt. Ziel war es, Sorgen, Erwartungen und Perspektiven für die anstehende Kommunalwahl gemeinsam auszutauschen. „Wir wurden herzlich empfangen — mit ehrlichem Dialog und einem Geist der Verbundenheit“, berichtet Sabí, Stadtverordnetenkandidat. „Doch trotz allem Positiven wurde eines sehr deutlich: Die Angst ist zurück. Und sie ist real.“

Jüdisches Leben in Frankfurt — geschützt, aber nicht freiAktuell leben rund 6000 jüdische Menschen in Frankfurt — fest verankert in Geschichte, Kultur und Stadtgesellschaft. Viele von ihnen berichten, dass sichtbare Glaubenssymbole im Alltag vermieden werden müssen, um nicht zur Zielscheibe zu werden. So schilderten Gemeindemitglieder u. a., dass Kinder teils keine Makkabi-Shirts mehr tragen dürfen, dass Davidsterne bewusst abgelegt werden und dass eine Kippa im öffentlichen Raum ein Risiko darstellen kann. Synagogen müssen weiterhin bewacht werden — etwas, das bei keiner anderen Religionsgemeinschaft in Deutschland notwendig ist. „Jüdisches Leben darf nicht nur geduldet, sondern muss geschützt, sichtbar und angstfrei möglich sein“, so Sabí. „Doch aktuell erleben wir, dass viele sich verstecken müssen. Das ist ein Zustand, den wir in dieser Stadt weder akzeptieren noch ignorieren dürfen.“

Antisemitismus wächst — auch dort, wo er mit Moral verkleidet wird
Besorgt zeigt sich Sebastian Schugar (ehemalig CDU) insbesondere über die wachsende Normalität antisemitischer Positionen im öffentlichen Diskurs. Kritik an Israel sei legitim — doch immer häufiger verschwimme die Grenze zu offenem Antisemitismus, der nicht nur aus rechter, sondern zunehmend aus linksideologischer und islamistischer Richtung komme.

„Wir sehen antisemitische Muster, die sich hinter dem Etikett ‚Menschenrechte‘ verbergen. Es wird in Boykottforderungen verpackt, in moralische Sprache gekleidet oder in Solidaritätssparolen versteckt — bis am Ende der Jude wieder zur Erklärung für Weltkonflikte wird. „Wenn man nicht aufpasst, ist morgen Israel verantwortlich fürs Wetter“, sagt Sabí. Diese Tendenzen, grenzen seiner Einschätzung nach an faschistoide Strukturen — nicht im historischen Ausmaß, jedoch in Haltung, Ausschlussmechanismus und moralischem Absolutismus.

Handeln statt Wegschauen

Die Wählergruppe Die Frankfurter kündigt an, das Thema Antisemitismus im Wahlkampf und vor allem in der zukünftigen kommunalen Arbeit deutlich stärker zu adressieren. Maßnahmen sollen u. a. sein:

- verstärkte Bildungsarbeit an Schulen,
- Aufklärung über moderne Formen von Antisemitismus,
- politische Sichtbarkeit jüdischer Kultur,
- und klare demokratische Abgrenzung gegen extremistische Tendenzen — von rechts, links und islamistisch.

„Demokratie fällt nicht plötzlich — sie bröckelt im Wegsehen“, erklärt Sabí.

„Wir werden nicht wegsehen. Nicht als Bürger. Nicht als Frankfurter. Und nicht als Menschen.“